

„Glocke“-Serie „Ich war einmal“ (Folge 95)

Abgaben-Ärger: Rheda ist keine Steueroase

Von NIMO SUDBROCK

Rheda-Wiedenbrück (gl). Steuern und andere staatliche Abgaben sind keine Erfindungen der Neuzeit. Sie waren auch in vergangenen Jahrhunderten zu zahlen. Eines hat sich dabei bis heute nicht geändert: Wer vom Finanzamt zur Kasse gebeten wird, dem erscheinen die Forderungen meistens als überzogen.

„Die Höhe von Steuern hat die Menschen seit jeher in Rage gebracht“, sagt Heimatforscher Dr. Wolfgang A. Lewe aus Rheda. Mitunter sei es aber gar nicht der Prozentsatz, mit dem die Forderungen berechnet wird, der die Gemüter erhitze.

„Nicht selten wird die Abgabepflicht an sich schon als unangemessen empfunden. Lewe nennt dafür ein Beispiel: „Bauern war es im Mittelalter fast unmöglich, sich durch die regelmäßigen Belastungen langfristig aus der Abhängigkeit von Adel oder Klöster zu befreien.“

Das ändert sich in Rheda und anderswo erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mit einem Kunstgriff ermöglicht die preußische Verwaltung damals Köttern und Kleinbauern den Weg in die Unabhängigkeit. Das Prinzip funktioniert so: Die preußische Regierung richtet eine eigene Kasse ein, über die sie die Abgabeverpflichtungen der abhängigen Hofbesitzer quasi aufkauft. Adelshäuser und Klöster werden für die jährlichen Einnahmen, die ihnen künftig entgehen, einmalig

aus dem gebildeten Fonds entschädigt. Umsonst ist der Freikauf für die Hofbesitzer indes nicht. Sie können sich aber durch Ratenzahlungen in den Fonds langfristig entschulden.

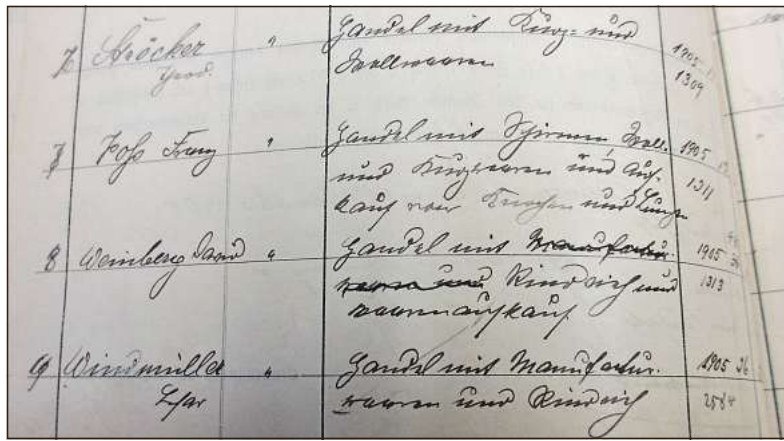
„Durch weitere Zahlungen löste Preußen die standesherrlichen Rechte der Adels Häuser ab, sodass ab etwa 1850 alle Adeligen, Großbürger, Bauern und Kötter vor dem Gesetz gleich waren“, erläutert Lewe. „Das führte für alle Bevölkerungsgruppen sowohl zu gleichen Rechten als auch zu gleichen Pflichten im Staat.“

Auch der Rhedaer Landesfürst erhält in dieser Zeit umfangreiche Erstattungen von der öffentlichen Hand. Mit dem Geld, das er im Austausch für seine standesherrlichen Rechte erhält, löst Fürst Moritz Casimir I. nicht nur eigene Schulden ab. Es bleibt eine erkleckliche Summe übrig, mit der er sich Güter im Kreis Culm in Westpreußen kauft. An den neuen Besitztümern im heutigen Polen hat das Rhedaer Fürstenhaus allerdings nicht allzu lange Freude. Die Culmer Gutshöfe und Ländereien gehen im Ersten Weltkrieg entschädigungslos verloren.

Durch die von der preußischen Regierung vorgenommene Neuordnung sind es plötzlich nicht mehr die Klöster und Adels Häuser, die Steuern und andere Abgaben von der Bevölkerung verlangen dürfen. Der Staat selbst kann ab sofort entsprechende Forderungen stellen. Dazu arbeitet die preußische Verwaltung ein ausgeklügeltes System aus.



Die Geschäfte der früheren Brennerei Hagedorn liefen offenbar gut. Um 1900 gehörte der in Bahnhofsnahe angesiedelte Betrieb zu den größten Gewerbesteuerzahlern in Rheda. Die Abgabe trieb damals noch die preußische Verwaltung ein. Fotos: Archiv Sängler, Archiv Lewe



Der Blick in dieses alte Steuerbuch ist aufschlussreich. Fein säuberlich wurde dokumentiert, wer wie viel an die Staatskasse zu zahlen hatte.



Mit Putzlappen war ebenfalls gutes Geld zu verdienen, wie die Steuerzahlungen der Firma Meyer – hier ein Bild aus der Produktion – zeigen.



Das Simonswerk war vor 120 Jahren eines der Unternehmen mit den höchsten Erträgen. Man erzielte Jahresgewinne bis zu 50 000 Mark.



Bei Lichtenauer an der Kirchstraße tickten nicht nur die Uhren, es klingelte auch die Kasse.



Der Gasthof Allerbeck stand bei Besuchern hoch im Kurs. Das beweisen die Steuerzahlungen.

Zwei Firmen zahlen 579 Mark

Rheda-Wiedenbrück (sud). Im 19. Jahrhundert wird in Rheda und anderswo ein direktes und zugleich differenziertes Steuersystem eingeführt, dessen Grundsätze bis in unsere Zeit Bestand haben. Damals wie heute gilt der Anspruch, dass jede Person und jeder Betrieb gerecht besteuert werden soll. Ob das in der Praxis immer gelingt, darüber lässt sich gewiss trefflich streiten.

Grund- und Bodensteuer, Gewerbesteuer, Einkommenssteuer und überdies die sogenannte Ergänzungsteuer sind die ersten Abgaben, die die Preußen damals einführen. „Dabei handelte es sich um allgemeine Staatssteuern, über deren Zahlung von der Regierung beauftragte Ausführungskommissare wachten“, erklärt der Rhedaer Hobbyhistoriker Dr. Wolfgang A. Lewe. „Bei diesen konnte gegen scheinbar unberechtigte Forderungen auch Einspruch erhoben werden. Da-

für galt allerdings eine Frist von vier Wochen.“

Die Prinzipien, die bei der Einführung des preußischen Steuersystems vor etwa 150 Jahren gelten, sind einfach: Mehrere Betriebe eines Besitzers werden bei der Bemessung der Forderungen als ein Unternehmen behandelt. Betriebe mit zwei oder mehreren Standorten werden jeweils anteilmäßig im jeweiligen Ort veranlagt. Das betrifft um 1910 in Rheda etwa die Firmen Hagedorn und Beermann sowie die Putzlappenfabrik von Susanne Meyer.

Die Besteuerung erfolgt in vier Klassen. Die Betriebe werden darin abhängig ihres Ertrags und ihres Eigenkapitals eingestuft. Kleinstfirmen mit einem Ertrag unter 1500 Mark oder 3000 Mark Kapital sind von Steuerzahlungen befreit. Einen Gewerbeschein benötigen sie nicht.

In die Steuerklasse eins rutschen im späten 19. Jahrhundert

Betriebe mit einem Gewerbeertrag von mehr als 50 000 Mark jährlich. Ein solches Unternehmen gibt es in der Emsstadt damals jedoch nicht. Dafür aber zwei Firmen, die der zweithöchsten Steuerklasse angehören: Sowohl das Simonswerk als auch die Brennerei Hagedorn erzielen um 1900 einen Jahresertrag zwischen 20 000 und 50 000 Mark. Beide zahlen zusammen 579 Mark an Steuern.

In der Steuerklasse drei werden in Rheda vor rund 120 Jahren zehn Gewerbebetriebe veranlagt. Die Gastwirtschaft Allerbeck, die Zigarrenfabrik Beermann, der Ziegeleibetrieb Hagedorn, die Chemiekalienhandlung Heising, die Holzhandlung Ortkrab, die beiden Fleischwarenfabriken Poppenburg, die Gerberei Reinert, der Apotheker Uhles und der Händler Windmüller müssen zusammen 536 Mark an die Finanzbehörde überweisen.

Zur Serie

„Ich war einmal...“ Wenn Häuser, Plätze, Bäume, Straßenzüge oder Kirchen sprechen könnten, hätten sie bestimmt viel zu erzählen. Die Lokalredaktion der „Glocke“ und Dr. Wolfgang A. Lewe vom Heimatverein Rheda leihen diesen stummen Zeugen vergangener Zeiten in ihrer geschichtskundlichen Serie eine Stimme.

Folgende Serienteile sind zuletzt erschienen:

- Waldmann (43)
- Wiedenbrücker Schule (44)
- Rhedas gefallene Söhne (45)
- Die letzte Postkutsche (46)
- Zigarrenproduktion (47)
- Emsbauerschaft (48)
- Hauswappen (49)
- Haus Schwenger (50)
- 400 Jahre Domhof (51)
- Simonsiedlung (52)
- Ebermaier (53)
- Schulwesen (54)
- Das letzte Begräbnis (55)
- Burg Vechtel (56)
- Familie Fontaine (57)
- Allgemeiner Hilfsverein (58)
- Rötteken-Palais (59)
- Schnitkerhaus (60)
- Ärzte bis 1945 (61)
- Am Wasser gebaut (62)
- Schröder-Essen (63)
- Jüdische Künstler (64)
- Schäfergerechtigkeit (65)
- Rhedaer Baugeschichte (66)
- Pfeifenkopf (67)
- Armgard Erich Balke (68)
- Nazi-Architektur (69)
- Totentafeln (70)
- Moosstraße (71)
- Doktorplatz (72)
- Hof Meiners (73)
- Steinweg (74)
- Tempelritter (75)
- Maire Misch (76)
- Apotheker (77)
- Maitagsweg (78)
- Natürliche Kinder (79)
- Abraham Leeser Ems (80)
- Fleischindustrie (81)
- Hopfen (82)
- Hof Dreier (83)
- Bauhaus (84)
- Hotel Reuter (85)
- Totenbrink (86)
- Straßen- und Wegenetz (87)
- Großbürgerfamilie Köhne (88)
- Marburg (89)
- Pattsituation (90)
- Dreißigjähriger Krieg (91)
- Von Warendorf nach Rheda (92)
- Alte Mühle (93)
- Pest (94)

Gewerbetreibende ohne festen Wohnsitz

Rheda-Wiedenbrück (sud). Die Gewerbesteuerklasse vier ist seinerzeit die größte. 37 Unternehmen der Stadt bringen es zusammen auf ein Steueraufkommen von 638 Mark.

Eine Sonderstellung nehmen in jener Zeit die Eigentümer von sogenannten Wandergewerbescheinen ein. Zwölf davon sind im Jahr 1901 in Rheda im Umlauf. Lewe: „Diese Erlaubnis musste allerdings im Voraus bezahlt werden, da eine dauerhafte Ortsansässigkeit in Rheda nicht immer gegeben war und damit eine nachträgliche Zahlung als nicht ausreichend gesichert galt.“ Vor allem Juden sind in Rheda der damaligen Zeit Wanderscheininhaber.

Wer etwa eine kleine Schankwirtschaft betreibt, muss – ebenfalls im Voraus – Ergänzungssteuer berappen. „Durch diese Auflage konnte nicht zuletzt eine ungezügelte Niederlassung von Schankbetrieben polizeilich kontrolliert werden“, sagt Lewe.

Die Festsetzung, wer wie viel Steuern zahlen muss, wird alle 15 Jahre neu getroffen. 1910 ist es

erstmalig soweit. Aufgrund ihrer Finanzkraft kommen seinerzeit der Rhedaer Uhrmacher Lichtenauer, Tischlermeister Christoph Vogt, Zigarrenfabrikant Albrecht sowie die jüdischen Viehhändler Bendix Weinberg, Louis Stern und Israel Weinberg hinzu. Letztere waren durch Pferdeverkäufe an das preußische Militär zu gewissem Wohlstand gekommen.

Der 1914 einsetzende Erste Weltkrieg und der damit einhergehende wirtschaftliche Niedergang führen zu einem abrupten Ende der Steuerveranlagungen durch die preußische Verwaltung. Nach den Kriegswirren wird Rheda Teil der Weimarer Republik. Auf die unruhliche Zeit der nationalsozialistischen Diktatur folgt ab 1949 die Bundesrepublik Deutschland. Eines ändert sich aber nicht: Die Pflicht zur Zahlung von Steuern und anderen staatlichen Abgaben. Ärger mit dem Finanzamt kann es in der ehemaligen Fürstentadt an der Ems also auch heute noch geben – und ebenso natürlich den Jubel über eine unverhoffte Rückerstattung.



Gut zu tun hatten um die vorletzte Jahrhundertwende auch die Beschäftigten der Rhedaer Fabrik Beermann. Sie stellten ein Produkt her, das in Rauch aufging: Zigarren in unterschiedlichsten Größen.